

Engagement wird weltweit geschätzt

Frauenrechte Die Botschafterin Claudia Fritsche und Karin Lingg vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten referierten im Rahmen der Vortragsreihe «30 Jahre Frauenstimmrecht: Frauen und Politik» zum Thema: «Das liechtensteinische Engagement auf internationaler Ebene zur Förderung der Frauenrechte».

VON ASSUNTA CHIARELLA

Rechtlich betrachtet ist eine Gleichstellung zwischen Männern und Frauen heute zwar erreicht, auf politischer und gesellschaftlicher Ebene gibt es aber nach wie vor grosse Ungleichheiten, wie aus dem Vorwort hervorgeht. Karin Lingg, die im Amt für Auswärtige Angelegenheiten den Bereich Menschenrechte koordiniert, ergriff als Erste das Wort im voll besetzten Gampriner Vereinshaus: «Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte gehören zu erklärten Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik. Insbesondere setzt sich Liechtenstein seit Jahren für die Rechte von Frauen und Kindern ein, mit einem besonderen Fokus auf Kriegs- und Konfliktsituationen. Weitere thematische Schwerpunkte sind die Bekämpfung von Folter und der Todesstrafe», sagte sie am Donnerstagabend. Denn für schwerste Menschenrechtsverletzungen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit soll es keine Straflosigkeit mehr geben. Entsprechend setzt sich Liechtenstein seit Jahren für den Internationalen Strafgerichtshof ein, wie die Referentin betonte: «Liechtenstein hat sich mit diesem Engagement weltweit einen Namen gemacht und erfährt diesbezüglich grosse Wertschätzung.»

Schutz, Respekt und Förderung

Wie Lingg erklärte, gibt es neben dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Vielzahl von weiteren Mechanismen, in denen Liechtenstein vielfältig eingebunden ist: «Das wichtigste Spezialabkommen, die UNO-Frauenkonvention, ist 1996 für Liechtenstein in Kraft getreten und umfasst 188 Vertragsparteien.» Was diese Konvention zum



Erläuterten das liechtensteinische Engagement auf internationaler Ebene zur Förderung der Frauenrechte: Karin Lingg und Claudia Fritsche.

(Foto: Michael Zanghellini)

Thema Frauen und Politik einfordert, verdeutlichte Lingg anhand des Artikels sieben: «Gleichheit im politischen und öffentlichen Leben.» Zusammengefasst fordert dieser, dass die Vertragsstaaten alle geeigneten Massnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im politischen und öffentlichen Leben ihres Landes treffen und zugleich gewährleisten, dass allen Frauen in gleicher Weise wie den Männern das Stimm- und Wahlrecht zuerkannt wird sowie das Recht auf Mitwirkung in der Regierungsarbeit und auf Bekleidung öffentlicher Ämter: «Nun, es sieht so aus, als ob Liechtenstein diesen Artikel vollständig umgesetzt hat, zumindest rechtlich. Doch der Expertenausschuss schaut sich die tatsächliche

Situation in Liechtenstein an und stellt beispielsweise fest, dass es keine einzige Bürgermeisterin, Vorsteherin gibt und dass Frauen im Landtag untervertreten sind. Nebst Fragen über mögliche Hindernisse fordert er daher das Land auf, Massnahmen zu treffen, um eine ausgewogene Vertretung zu gewährleisten», erläuterte Lingg. In diesem Kontext stellte die Referentin konkrete Ideen, sprich, zeitweilige Sondermassnahmen des Ausschusses vor, wie beispielsweise die gesetzliche Quotenregelung. Nach amerikanischer Auffassung ist eine Frauenquote nicht leistungsorientiert und steht im Widerspruch zu einer Leistungsgesellschaft, wusste Botschafterin Claudia Fritsche zu berichten: «Es sind nicht nur kulturelle Gründe, welche die

teilweise unterschiedlichen Auffassungen und Bedürfnisse von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hier in unserer Region und in den USA erklären.» Denn obwohl das Stimm- und Wahlrecht 1920 in den USA eingeführt wurde, habe es lange gedauert, bis Frauen einen angemessenen Anteil in leitenden Positionen ausmachten, so Fritsche.

Für Frauen, Frieden und Sicherheit

Liechtenstein setzt sich seit vielen Jahren in den Vereinten Nationen (kurz: UNO) für die Umsetzung der «Frauen, Frieden und Sicherheit»-Agenda ein. Zudem ist Liechtenstein im Jahr 2014 Mitglied im Exekutivrat von UN Women und wird die Arbeit dieser UNO-Einheit besonders aktiv mitgestalten. Claudia Fritsche ver-

fügt über eine langjährige Erfahrung in der liechtensteinischen Aussenpolitik. Nach dem Beitritt Liechtensteins in die Vereinten Nationen im Jahr 1990 hat sie die liechtensteinische Vertretung bei der UNO aufgebaut und bis 2002 geleitet. Im gleichen Jahr wurde die Botschaft in Washington eröffnet, deren Leitung sie seither übernommen hat. In ihrem aufschlussreichen Vortrag gewährte die liechtensteinische Botschafterin einen umfassenden Einblick in das Engagement Liechtensteins für Frauenförderung, das auch in den USA nicht unbemerkt bleibt: «Dass Liechtenstein in diesem Zusammenhang auch ausserhalb der Finanzplatzthemen wahrgenommen wird, ist eine willkommene Nebenerscheinung.»